

N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am, Montag, 20.01.2014,
Beginn: 18:30, Ende: 21:00, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Vorsitzender

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

CDU

Herr Robert Ganz
Herr Wolfram Gothe
Frau Eva Gredel
Herr Stefan Hoffman
Herr Bernd Kieser
Herr Christian Mildenberger
Herr Wolfgang Reffert
Frau Claudia Stauffer
Herr Michael Till

SPD

Herr Hans Hufnagel
Herr Rüdiger Lorbeer
Herr Jürgen Meyer
Frau Gabriele Rösch
Herr Roland Schnepf
Herr Hans Zelt

FW

Herr Werner Fuchs
Herr Jens Gredel
Frau Heidi Sennwitz
Herr Thomas Zoepke

GLB

Frau Ulrike Grüning
Herr Klaus Triebkorn

Verwaltung

Herr Reiner Haas
Herr Robert Raquet
Herr Christian Stohl

Schriftführer
Herr Lothar Ertl

Abwesend

CDU
Herr Uwe Schmitt

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 13.01.2014 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 17.01.2014 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 12 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

TOP: 1 öffentlich
Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung

TOP 1 nö: Erwerb des Grundstücks Hauptstraße 36

TOP 4 nö: Verkauf der Grundstücke Schütte-Lanz-Straße 10 + 12

TOP: 2 öffentlich
Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 und
Finanzierungsplan 2013- 2017
2014-0005

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2014.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	20
dagegen	2

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25.11.2013 wurde die Haushaltssatzung vorberaten und bei 1 Gegenstimme zur Annahme empfohlen worden

Diskussionsbeitrag:

Bürgermeister Dr. Göck führt in den Tagesordnungspunkt Haushalt ein.

Die Gemeinderäte Kieser (CDU), Triebskorn (GLB), Hufnagel (SPD) und Sennwitz (FW) nehmen für ihre Fraktionen Stellung zum Haushaltsplan 2014. Die Etatrede des Bürgermeisters und die Stellungnahmen der Fraktionen sind der Niederschrift beigefügt.

TOP: 3 öffentlich
Bebauungsplan "Südliche Hauptstraße - 1. Änderung" - Aufstellungs- und
Auslegungsbeschluss
2014-0009

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Südliche Hauptstraße“ (rechtskräftig seit 26.08.2011) soll durch den Bebauungsplan „Südliche Hauptstraße – 1. Änderung“ geändert werden.

Dem Entwurf zur Änderung des Bebauungsplans „Südliche Hauptstraße – 1. Änderung“ sowie den örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 09.01.2014 wird zugestimmt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden soll gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 i.V.m. § 13 a Baugesetzbuch und § 74 Absatz 7 Landesbauordnung Baden-Württemberg durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	19
dagegen	1
Enthaltungen	2

Im Jahr 2011 wurde der Bebauungsplan „Südliche Hauptstraße“ mit örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Aufgrund einer geänderten Grundstücksverfügbarkeit wurde die Planung für den Wohnkomplex mit seniorengerechten Wohnungen an der Hauptstraße überarbeitet. Um eine bessere Vermarktbarkeit der teilweise sehr großen Doppelhausgrundstücke in der zweiten Reihe zu verbessern und aufgrund eines vorliegenden Bauantrags für ein Einfamilienhaus wurden zudem die Baufenster für die Gebäude in zweiter Reihe im südlichen Teil des Blockinnenbereichs zum Teil angepasst.

Das Erschließungssystem im südlichen Teil des Blockinnenbereichs wurde im Rahmen der Neukonzeption des Gebäudekomplexes für das Betreute Wohnen so verändert, dass eine Erschließung aller geplanten Wohnhäuser in der zweiten Reihe mit dem PKW möglich ist. Die zum Teil notwendige Kopplung dieser Bebauung an die Gemeinschaftsgarage für den Bereich des Betreuten Wohnens ist so nicht mehr notwendig. Durch die Verbindung der im Bebauungsplan „Südliche Hauptstraße“ bereits vorhandenen Stichstraße mit der neu geplanten Erschließungsstraße an der südwestlichen Grenze des Betreuten Wohnens entsteht eine ringförmige Erschließung. Dabei ist der nordöstliche Teil der Erschließungsstraße nur als Einbahnstraße befahrbar. Entlang der neu geplanten Erschließungsstraße werden zusätzliche öffentliche Stellplätze für Besucher bzw. Anlieger geschaffen. Die Tiefgaragenzufahrt für das Betreute Wohnen wurde aus organisatorischen Gründen an die südwestliche Grundstücksgrenze verlegt. So wird der Bereich des Betreuten Wohnens autofrei gehalten und kann sich um zwei ruhige Wohnhöfe entwickeln.

Um Planungsrecht für die genannten Änderungen zu erhalten, ist es erforderlich, den Aufstellungsbeschluss für den beigefügten Bebauungsplan „Südliche Hauptstraße – 1. Änderung“ zu fassen und die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 i.V.m. § 13a Baugesetzbuch und § 74 Absatz 7 Landesbauordnung Baden-Württemberg durchzuführen. Die Voraussetzungen des § 13a Baugesetzbuch sind gegeben, weshalb das beschleunigte Verfahren durchgeführt werden kann.

Diskussionsbeitrag:

Bürgermeister Dr. Göck weist darauf hin, dass im Bebauungsplan ein Grünflächenanteil von 25 % vorgesehen ist und dies nicht viel weniger als im bisherigen Bestand sei.

Gemeinderat Reffert befürwortet die Planungen. Die Wohnhäuser in der zweiten Reihe seien attraktiv gestaltet worden, da sie anfahrbar seien. Auch die Baukörper und die Gartenanlage des Betreuten Wohnens seien sehr attraktiv und passen sich gut in die dortige Bebauung ein. Es sei wichtig, dass keine Nachteile für die Anwohner der Neugasse entstünden. Dies sei gegeben, da die Abstandsflächen bestehen blieben.

Gemeinderat Lorbeer erklärt, dass die SPD-Fraktion den Planungen ebenfalls zustimme. Er empfinde das Wohnquartier als sehr attraktiv und gelungen und bewertet die Anfahrbarkeit der hinteren Grundstücke durch das veränderte Erschließungssystem positiv, weist jedoch darauf hin, dass die Anfahrbarkeit durch die Müllfahrzeuge, speziell hinsichtlich des Bauvorhabens der Familie Auer schwierig sei. Ortsbaumeister Haas habe ihm gegenüber allerdings geäußert, dass eine Lösung in Arbeit sei. Zudem bittet er die Verwaltung darum, den Bauherrn auf die Möglichkeit der Förderung einer Dachbegrünung hinzuweisen.

Gemeinderätin Stauffer fragt, ob die Baukörper in den Bereichen C 1 und C 2 den in der nicht öffentlichen Sitzung vorgelegten Planungen entsprechen.

Herr Dipl.-Ing Fischer vom Architekturbüro Roth-Fischer bestätigt dies. Das Baufenster sei nur etwas erweitert worden, um dem Bauherrn Spielraum zu lassen.

Gemeinderätin Stauffer befürwortet, dass der Weg in Richtung Süden verlegt wurde. Die Erschließung sei viel besser gelungen als zunächst geplant. Zudem seien mehr Stellplätze entstanden. Sie möchte, dass auch die weiteren Planungen in Rücksprache mit der Gemeinde Brühl geschehen und appelliert an die Bevölkerung, sich bei der nun erfolgenden Öffentlichkeitsbeteiligung zu aktivieren.

Gemeinderätin Grüning weist darauf hin, dass die Grüne Liste Brühl von Anfang an für eine weniger dichte Bebauung plädiert habe und keine dritte Reihe haben wollte. Eine Verdichtung sei nur befürwortet worden, wenn im Außenbereich keine Flächen für Baugebiete genutzt worden wären. Zudem entstehe kein Mehrgenerationenwohnen und somit nicht die von Bürgermeister Dr. Göck beim Neujahrsempfang angesprochene „nachhaltige Zukunftsfähigkeit“. Die Ökonomie habe über die Ökologie gesiegt. Daher stimme die Grüne Liste Brühl dem Verwaltungsvorschlag nicht zu.

Gemeinderat Lorbeer entgegnet, dass immer noch ein Abstand von ca. 50 Meter zu den Gebäuden in der Görngasse bestehen bleibe, weshalb die „grüne Lunge“ erhalten bleibe.

TOP: 4 öffentlich
Sanierung des Sitzungssaals Rathaus Brühl
- Beschlussfassung für die Ausführung der Baumaßnahme
2013-0132/2

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Sanierung des Sitzungssaals im vorgestellten Umfang, jedoch inklusive Klimaanlage.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	11
dagegen	10
Enthaltungen	1

Im Jahr 1974 wurde das Rathaus um einen dreigeschossigen Anbau erweitert. Auch der Sitzungssaal des Gemeinderates stammt aus dieser Zeit und präsentiert sich heute noch weitgehend unverändert. So ist nach fast 40 Jahren die eher dunkel gehaltene Decke nicht mehr zeitgemäß sowie die integrierte Beleuchtung ungenügend. Der Teppichboden bedarf dringend einer Erneuerung.

Die Medientechnik ist durch die offenliegende Anschlussverkabelung der PCs und der Kamera umständlich in der Handhabung, und die Konferenzanlage ist teilweise defekt sowie nur im Nebenraum zu steuern.

In den Anträgen der CDU-Fraktion für den Haushalt 2012 findet sich der Antrag auf Erneuerung des Teppichbodens. Die SPD –Fraktion beantragt neue Stühle, einen neuen Boden sowie eine geregelte Be- und Entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung.

In der Vorberatung des Haushaltsplanes 2012 wurde beschlossen, den bereits 2011 veranschlagten Haushaltsansatz von 5.000,- € als Haushaltsrest nach 2012 zu übertragen. Man war sich einig, dass zunächst eine Kostenschätzung für eine Sanierung des gesamten Sitzungssaals erarbeitet werden soll, um dann über die tatsächlich auszuführenden Arbeiten zu entscheiden.

Nach dem Vorliegen einer ersten Kostenschätzung wurde 2013 die Bildung einer Kommission beschlossen.

Weiterhin wurde beschlossen, dass eine konkretisierte Kostenschätzung in einer Kommission weiter erläutert werden soll.

Am 04.07 und 22.07.2013 traf sich die Kommission und erarbeitete Vorschläge zur Gestaltung und Sanierung des Ratssaals.

Diese Vorschläge wurden im Ausschuss für Technik und Umwelt am 16.09.2012 vorgestellt.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

1. Bauliche Maßnahmen und technischen Anlagen

Boden:

Parkettbelag in Eiche.

Wand:

Verkleidung der Wände (ausgenommen Fensterfront) mit Holzwerkstoffplatten im Farbton weiß einschl. der bestehenden Türen, die Fensterfront (d.h. Stützen und Unterzug) werden gespachtelt und beschichtet, zusätzlich wird in die „Projektionswand“ durch Perforierung ein Wappen in die Verkleidung eingearbeitet.

Decke:

Abgehängte Akustikplatte (perforiert) aus weißem Gipskarton.

Beleuchtung:

Einbau von LED- Downlights in die vorg. Akustikdecke, zusätzlich eine indirekte Beleuchtung (Leuchtstofflampen) am inneren und äußeren Rand der Akustikdecke.

Konferenzanlage und Medienanlage:

Komplette Erneuerung der Anlagen ohne Funk der Sprechanlagen.

2. Klimatisierung

Auf eine Klimatisierung des Saals soll verzichtet werden. Die neue Deckenkonstruktion soll jedoch nachträglich einen Einbau von Klimageräten gewährleisten.

3. Erweiterung des Sitzungssaales

Es wurde die Erweiterung des Ratssaales beschlossen (Variante 2).

Diese Erweiterung wird durch den Abbruch der Wand mit dem so genannten Bundesadler erreicht.

Somit wird die Konferenztischanlage vergrößert.

4. Möblierung

Beschlossen wurde die Erneuerung der Konferenztischanlage in Form eines Hufeisens.

Die Stühle von Gemeinderäten und Verwaltung sind in Form eines Freischwingers zu gestalten, bei denen die Sitze und die Rückenlehnen gepolstert und mit Stoff bezogen sind.

Die Stühle der Besucher einschl. Presse sind mit gepolsterten Sitzen ohne Armlehne auszustatten.

Kosten

Als Anlage liegt die neueste Kostenschätzung bei.

Kosten konnten eingespart werden durch folgende Maßnahmen:

1. Unterdecke wird in Gipskarton ausgeführt und nicht wie geplant in Akustik-Holzwerkstoffplatten analog der Wandverkleidung
2. bestehende Innentüren bleiben vorwiegend erhalten
3. Sprechstellen sind verkabelt, keine Funkmikrofone
4. Klimatisierung entfällt

Mehrkosten entstehen durch die Vergrößerung des Saales.

Somit entstehen gem. neuester Kostenschätzung Gesamtkosten mit Einrichtung und aller Nebenkosten von ca. 283.000 € für die Sanierung des Sitzungssaals.

Die Haushaltsreste von 2013 sind übernommen worden. Die fehlenden Finanzmittel sind in den Haushalt 2014 eingestellt worden.

Diskussionsbeitrag:

Gemeinderat Gothe begrüßte, dass das lang diskutierte Thema „Sanierung des Sitzungssaals“ endlich angegangen worden sei. Nach 40 Jahren könne man es sich erlauben, etwas Neues anzuschaffen. Die Klimaanlage sei zu teuer gewesen. Die Erweiterung des Sitzungssaals zugunsten des Zuschauerraums befürwortete er.

Gemeinderätin Rösch erläutert, dass ursprünglich nur der Boden und die Stühle saniert werden sollten, dann jedoch viele Ideen entstanden seien. Die SPD-Fraktion trage die im Verwaltungsvorschlag vorgeschlagenen Punkte mit. Sie kritisiert allerdings, dass keine Klimaanlage vorgesehen sei. Diese würde mit der Zeit immer teurer.

Gemeinderat Zoepke möchte ebenfalls „Nägel mit Köpfen“ machen und eine Komplett-sanierung des Saals, was mit dem vorliegenden Entwurf sehr gut gelungen sei. Jedoch seien auch die Freien Wähler für den Einbau einer Klimaanlage. Dies solle Bestandteil der Gesamtklimatisierung des Rathauses sein, die in den nächsten Jahren peu à peu durchgeführt werden solle. Im vergangenen Sommer seien die Temperaturen zum Teil fast unerträglich gewesen, worunter die Arbeitsqualität leide. Die Freien Wähler stellen den Antrag, über die Klimatisierung des Saals abzustimmen.

Gemeinderätin Grüning empfindet die Lösung als einen guten Kompromiss. Die wenigen Tagungsstunden würden keine Klimaanlage rechtfertigen, es sollten lieber Ausweichmöglichkeiten für diese Termine gefunden werden. Zudem solle es nicht nur W-Lan, sondern auch eine Lan-Verkabelung für die Laptops geben.

Gemeinderat Reffert befürwortet eine Klimatisierung nur, wenn das gesamte Rathaus die Klimatisierung wolle. Jedoch sollten Kabel verlegt werden, um die Option für die Zukunft offen zu halten.

Gemeinderat Triebkorn teilt mit, dass er sich der Stimme enthalte, da er kein Bedürfnis nach einer kompletten Erneuerung habe (bei der Abstimmung aber dagegen). Er wolle nur einen größeren Zuschauerraum, jedoch kein W-Lan und auch keine neuen Tische. Der investierte Betrag sei zu hoch, Steuergelder sollten nicht hierfür verschwendet werden.

Gemeinderat Schnepf plädiert für eine Klimaanlage, vor allem angesichts der vorhandenen Rücklage der Gemeinde. Er sei enttäuscht von Kollegen anderer Fraktionen, die zunächst eine Klimaanlage befürwortet hatten, jetzt aber einem Fraktionszwang erliegen würden. Das Rathaus solle im Laufe der nächsten Jahre komplett klimatisiert werden.

Gemeinderätin Sennwitz weist darauf hin, dass künftige Technologien sich eventuell nicht mit den jetzt installierten Vorrichtungen vereinbaren lassen könnten.

TOP: 5 öffentlich
Darlehensvergabe an die Gemeindewerke Brühl GmbH & Co. KG
2014-0006

Beschluss:

Der Aufsichtsrat der Gemeindewerke Brühl GmbH & Co. KG hat am 16.01.2014 entschieden, das Darlehen bei der Gemeinde Brühl zu den angebotenen Konditionen aufzunehmen und einen Zinsaufschlag von maximal einem Prozentpunkt zu akzeptieren.

Der Zinsaufschlag wird auf einen Prozentpunkt festgelegt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Am 18.11.2013 hat der Gemeinderat beschlossen,

Die Gemeinde ist bereit, den Gemeindewerken Brühl GmbH & Co. KG ein Darlehen in Höhe von ca. 1,5 Mio € zu gewähren. Die Gemeindewerke Brühl GmbH & Co. KG haben dabei die Darlehensbedingungen und Verpflichtungen der Gemeinde aus dem KfW-Vertrag analog zu übernehmen. Der erforderliche Kapitaldienst ist so zu vereinbaren, dass er rechtzeitig geleistet wird und die Gemeinde nicht in Vorlage treten muss.

Für Verwaltungsaufwand, Risiko und zur Abwendung von beihilferechtlichen Problemen der EU wird ein Zinsaufschlag zwischen einem Zehntel- bis ganzen Prozentpunkt erhoben. Die Entscheidung trifft der Gemeinderat, wenn der Aufsichtsrat der KG das Angebot der Gemeinde annehmen will und mitteilt, welchen Zinssatz die Gesellschaft zu zahlen bereit ist.

Der Aufsichtsrat der Gemeindewerke Brühl GmbH & Co. KG tagt am 16.01.2014 und wird über die Aufnahme des Darlehens und einen Zinsaufschlag der Gemeinde beraten. Der Beschluss wird in der Gemeinderatssitzung bekannt gegeben, so dass dann über die endgültige Vergabe entschieden werden kann.

Diskussionsbeitrag:

Der Bürgermeister informiert über das Ergebnis der Sitzung des Aufsichtsrates der Gemeindewerke Brühl GmbH & Co. KG. Dort wurde der Aufnahme des Darlehens bei der Gemeinde Brühl mit einem Zinsaufschlag von maximal einem Prozentpunkt zugestimmt. Der Bürgermeister formuliert deshalb den Beschlussvorschlag wie folgt neu:

Der Aufsichtsrat der Gemeindewerke Brühl GmbH & Co. KG hat am 16.01.2014 entschieden, das Darlehen bei der Gemeinde Brühl zu den angebotenen Konditionen aufzunehmen und einen Zinsaufschlag von maximal einem Prozentpunkt zu akzeptieren. Der Zinsaufschlag wird auf einen Prozentpunkt festgelegt.

TOP: 6 öffentlich
Informationen durch den Bürgermeister

TOP: 6.1 öffentlich
Erwärmtes Grundwasser

Bürgermeister Dr. Ralf Göck teilte mit, dass sich die Gemeinde bereits seit November mit der Problematik des erwärmten Grundwassers befasse. Nach Erkundungen durch das Ortsbauamt am 07. November habe er selber noch an demselben Tag die Firma GeoEnergy informiert und die Firma sowie das Brühler Ortsbauamt hätten dann auch das Landratsamt in dieser Sache eingeschaltet. Das vereidigte Sachverständigenbüro Hydroisotop GmbH habe Proben gezogen, deren Ergebnisse belegten, dass sich in dem Grundwasser kein Thermalwasser befand, dass also kein Zusammenhang mit dem Monate vorher heraufgeförderten Thermalwasser bestehe. Die Gemeinde habe nun das Sachverständigenbüro Berg & Girmond eingeschaltet und als Berater engagiert, um womöglich im Zusammenwirken mit den Behörden den Ursachen für diese Temperaturanomalien näherzukommen.

TOP: 7 öffentlich
Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats

TOP: 7.1 öffentlich
Gemeinderat Gothe

Er fragt nach dem Baubeginn der neuen Sporthalle am Wiesenplätz.

Antwort des Bürgermeisters:

Die Ausschreibungsunterlagen werden vorbereitet, das Ergebnis des Sportförderstättenantrags muss aber noch abgewartet werden. Erst danach könne mit den Ausschreibungen begonnen werden.

TOP: 7.2 öffentlich
Gemeinderat Gothe

Er macht auf die Verkehrsstauung, insbesondere im Berufsverkehr, in der Mannheimer Landstraße in der Höhe der dortigen Einzelhandelsmärkte aufmerksam und bittet zu prüfen, ob eine zweite Ausfahrt am Aldi-Parkplatz Abhilfe schaffen könne.

TOP: 7.3 öffentlich
Gemeinderat Till

Er stellt einen Antrag zur Änderung der Richtlinien der Gemeinde Brühl für die Wahlwerbung im Amtsblatt für die Brühler Rundschau zur Bürgermeisterwahl 2014. Die laufende Nr. 3 b der Richtlinien soll so geändert werden, dass die Wahlwerbung im redaktionellen und Anzeigenteil vor der Veröffentlichung nicht vom Leiter des Haupt- und Ordnungsamtes oder dessen Stellvertreter, sondern vom Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses zur Bürgermeisterwahl oder dessen Stellvertreter zu kennzeichnen sei.

TOP: 7.4 öffentlich
Gemeinderätin Stauffer

Sie fragt nach dem Sinn der Gegenzeichnung.

TOP: 7.5 öffentlich
Gemeinderätin Grüning

Sie fordert ökologische Ausschreibungsrichtlinien für die Ausschreibungen der Gemeinde.

TOP: 7.6 öffentlich
Gemeinderat Tribskorn

Er möchte wissen, was es Neues in Sachen Urteil Geothermie, in Sachen der Räumungsklage gegen GeoEnergy gibt, da dieser Punkt erst am 27. Januar nichtöffentlich auf der Tagesordnung stehe. Außerdem möchte er den Stand der Dinge des Fragekatalogs an das Landesbergamt wissen.

Antwort des Bürgermeisters:

Das Urteil liegt seit Freitag schriftlich vor. Das Gericht habe die Klagegründe der Gemeinde im Urteil aufgenommen. Das Landesbergamt sieht eine Beantwortung der Fragen in schriftlicher Form als sehr problematisch an, da dort durch die Fragen verschiedene Gutachten tangiert werden. Das Landesbergamt hat sich jedoch bereiterklärt, den Fraktionen in einem Gespräch Rede und Antwort zu diesen Fragen zu stehen. Dies wurde jedoch von den Fraktionen der CDU, den Freien Wählern und der Grünen Liste abgelehnt. Diese fordern weiterhin eine schriftliche Beantwortung. Die Antwort des Landesbergamtes darauf steht noch aus.

TOP: 7.7 öffentlich
Gemeinderat Fuchs

Er möchte wissen, wann die Umbauarbeiten in der Rohrhofer Straße in Höhe der Einmündung Stuttgarter Straße beginnen.

Antwort Ortsbaumeister Haas:

Er teilt mit, dass die Schneidarbeiten im Asphalt schon durchgeführt seien, weitere Baumaßnahmen aber noch nicht stattfinden können, da das Material seit Wochen bestellt sei, aber es bei dem Material zu Lieferverzögerungen gekommen sei.

TOP: 7.8 öffentlich
Gemeinderat Lorbeer

Er möchte eine eindeutigere Führung der Radfahrer im Bereich der real-Einmündung.

TOP: 7.9 öffentlich
Gemeinderat Hufnagel

Er bemängelt die Parksituation im Kurvenbereich der Edith-Stein-Straße und bittet zu prüfen, ob hier Sperrflächen aufgebracht werden können.

TOP: 7.10 öffentlich
Gemeinderat Zelt

Er zeigt sich erfreut darüber, dass der Fußweg entlang des gebrochenen Sommerdeiches wieder hergestellt ist.

TOP: 7.11 öffentlich
Gemeinderat Triebskorn

Im Kreuzungsbereich der Schütte-Lanz-Straße sei ein Poller umgefahren. Im weiteren Verlauf wird dort aber auch auf dem Geh- und Radweg vor dem Blumengeschäft immer wieder wild geparkt.

TOP: 7.12 öffentlich
Gemeinderat Triebskorn

Er befürchtet eine Gesundheitsgefährdung der Brühler Bürger durch den weiteren Ausbau der W-Lan-Hotspots. Er hält dies für unverantwortlich und fordert für den weiteren Ausbau einen Beschluss des Gemeinderates.

Antwort des Bürgermeisters:

Dr. Göck teilte mit, eine Einrichtung eines weiteren W-Lan-Hotspots im Bereich des Freibades geplant sei.

TOP: 7.13 öffentlich
Gemeinderat Hoffmann

Er möchte noch mal den Sachstand in Sachen Beleuchtung Mondweg wissen.

Antwort Ortsbaumeister Haas:

Die EnBW hat einen Ortstermin in naher Zukunft zugesagt.

TOP: 7.14 öffentlich
Gemeinderat Reffert

Die Zwischentür am Seiteneingang der Sporthalle der Schillerschule stehe auch in der kalten Jahreszeit immer wieder offen. Er bittet zu prüfen, ob hier eine automatische Schließung möglich sei.

TOP: 7.15 öffentlich
Gemeinderat Hufnagel

Er bittet bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, ob die externe Rentenberatung im Rathaus zeitlich erweitert werden kann.

TOP: 8 öffentlich
Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

TOP: 8.1 öffentlich
Herr Hechler

Durch den Neubau der Wohnhäuser in der Buchenstraße sei der Spazierweg dort verlegt worden. Der neue Weg sei allerdings nicht gepflastert und weise Schäden aus.

Antwort Ortsbaumeister Haas:

Der alte Weg sei auch nicht gepflastert gewesen, die Schäden werden überprüft.

TOP: 8.2 öffentlich

Herr Hechler

Er merkt an, dass, wer nicht 2-3 Stunden in der Hitze sitzen könne, solle sich auch nicht wählen lassen.

TOP: 8.3 öffentlich

Frau Herm

Nach ihrer Ansicht sind die Behörden in Sachen erwärmtes Grundwasser erst nach ihrer Intervention beim Umweltministerium tätig geworden. Bergamt und Untere Wasserbehörde hätten sie mit ihrem Anliegen nicht ernst genommen. Außerdem würden ihr Schreiben vom Landratsamt vorliegen, dass dieses von der Gemeinde nicht unterrichtet worden sei. Ihren Angaben zufolge sei das warme Wasser im Bereich des Weidwegbereichs bereits im Juni 2013 festgestellt worden. Im Oktober sei dies dann der Gemeinde gemeldet worden. Sie sei beängstigt durch das warme Grundwasser und in Mangel einer Erklärung dafür.

Antwort des Bürgermeisters:

Wie Bürgermeister Dr. Ralf Göck ausführt, hat die Gemeinde Brühl erstmals am 05. November von Klaus Reifenberg von dem erwärmten Grundwasser erfahren. Zwei Mitarbeiter des Ortsbauamtes waren 2 Tage später vor Ort und haben danach das Wasserrechtsamt des Landratsamtes von diesem Geschehen informiert, da die Gemeinde selbst keine Fachleute für die notwendige Untersuchung hat. Weiter wurde das Landratsamt auch von der Gemeinde aus auf einen möglichen Zusammenhang mit dem Geothermiekraftwerk hingewiesen. Deshalb war auch die Firma GeoEnergy bei der Probenentnahme vor Ort. Untersucht worden ist das Wasser auf Thermalwasserbestandteile, diese konnten aber in der Analyse nicht nachgewiesen werden, so dass kein Thermalwasser in diese Grundwasserschichten gelangt sein kann. Eine schlüssige Erklärung für die Erwärmung konnte aber bisher von dem Gutachterbüro nicht geliefert werden. Deshalb hat die Gemeinde, wie schon unter Tagesordnungspunkt „Informationen durch den Bürgermeister“ betont, selbst ein Fachbüro zur weiteren Aufklärung eingeschaltet.